

Bildungspolitik

Frühfranzösisch: Gemeinden kritisieren Regierung

Der Regierungsrat will den Französischunterricht stärken. Dagegen leisten Gemeinden Widerstand. Sie wollen die kantonale Bildungspolitik so nicht mittragen.

Christof Ramser

Bildungsdirektor Mathias Stricker will der zweiten Landessprache mehr Gewicht verleihen. Bild: Hanspeter Bärtschi

Kein Zweifel: Der Solothurner Bildungsdirektor ist ein Freund des Französischen. Die zweite Landessprache genießt bei Regierungsrat Mathias Stricker (SP) einen hohen Stellenwert. Bei so mancher Gelegenheit betont er die Funktion des Kantons Solothurn als Brückenkanton, für den der sprachliche und kulturelle Austausch mit der Romandie wichtig sei.

Anders als in anderen Kantonen, wo das Frühfranzösisch auf der Kippe steht, soll das Fach in den Solothurner Primarschulen gestärkt werden. So stimmten die Kantonsparlamente in Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen und Zürich einer Verschiebung des Französischunterrichts auf die Sekundarstufe I zu. In weiteren Deutschschweizer Kantonen sind parlamentarische Vorstösse dazu hängig. Auch im Kanton Solothurn führte die Harmonisierung des Sprachunterrichts zu politischen Debatten. Einen Austritt aus dem Harmos-Konkordat lehnte der Kantonsrat zwar ab. Allerdings möchte er, dass die Kantone mehr Spielraum erhalten bei der Frage, wann welche Fremdsprache zuerst unterrichtet wird.

Austausch mit Neuenburg verdoppeln

Während dem schreibt sich die Solothurner Regierung die Stärkung des Französischs auf die Fahne. In den Legislaturzielen hält die Regierung fest, dass der Austausch mit dem Kanton Neuenburg bis 2029 dank neuen Partnerschulen verdoppelt werden soll. Dafür hat sich Stricker im Kollegium starkgemacht. Möglich machen soll es das Programm SOprima. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll das Solothurner Projekt für immersiven Unterricht in der Volksschule ausgerollt werden. Das heisst, dass Fächer wie zum Beispiel Turnen oder Werken auf Französisch unterrichtet werden. An allen Schulen werden dazu Koordinationspersonen eingesetzt. Sie stellen sicher, dass das Programm umgesetzt wird.

Die Harmonisierung des Sprachunterrichts führt zu politischen Kontroversen. Symbolbild: Bruno Kissling

Dass die Regierung dem Französischunterricht diese Bedeutung zumisst, stösst dem kantonalen Einwohnergemeindeverband (VSEG) sauer auf. In Solothurn ist die Volksschule Sache der Einwohnergemeinden, der Kanton beteiligt sich an den Kosten. Es gebe dringendere und wichtigere Probleme im Bildungswesen, schreibt der Verband in einem offenen Brief an den Regierungsrat. «Verschiedenste Gemeinden» hätten beim VSEG interveniert und klargemacht, dass sie die vom Volksschulamt definierten Schwerpunkte nicht mittragen und die Leistungsvereinbarung 2026 bis 2029 nicht unterzeichnen wollen. Überhaupt sollte man zuerst die politische Diskussion zu einem parlamentarischen Vorstoss zum Umgang mit Fremdsprachen abwarten. Dieser ist am Mittwoch im Kantonsrat traktandiert.

Für den VSEG-Vorstand ist es zudem «kaum verständlich», dass Regierung und Volksschulamt am Französischunterricht ab der dritten Klasse festhalten. Diese Prioritätensetzung würden viele Gemeinden nicht teilen.

Es mangelt an Französisch-Diplomen

Gemäss dem offenen Brief stellen sich viele Gemeinden respektive Schulträger die Frage, wie Lehrpersonen ohne Französisch-Diplom Französischunterricht erteilen sollen: «Dies erschwert die Personalrekrutierung zusätzlich.» Das Dilemma ist dem Bildungsdirektor bekannt. Gegenüber dieser Zeitung sagte Stricker, dass er nicht verstehen könne, dass angehende Lehrpersonen in der Ausbildung Französisch abwählen können. Allenfalls müssen die Kantone über die Bücher und Französisch wieder zum Pflichtfach erklären.

Nicht einverstanden ist der VSEG mit einem weiteren politischen Schwerpunkt des Regierungsrats im Bildungsbereich. Demnach sollen Schulen im Umgang mit unterschiedlichen Bildungslaufbahnen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden. Dazu sollen Lehrpersonen multiprofessionell zusammenarbeiten und gezielt weitergebildet werden.

Roger Siegenthaler ist Präsident des Einwohnergemeindeverbands. Bild: Bruno Kissling

«Dafür ist der Zeitpunkt ungünstig», schreibt die VSEG-Spitze mit Präsident Roger Siegenthaler und Geschäftsführer Thomas Blum. Zumal gerade das Pilotprojekt zur speziellen Förderung laufe. Bei der Neuausrichtung des Förderstatus testen Arbeitsgruppen aktuell, ob sich die Arbeit in multiprofessionellen Teams bewähre. Zuerst wolle man die Resultate des Pilotprojekts abwarten.

Kostspielige schulische Integration

Der VSEG verlangt zusätzliche Informationen zu den neuen Schwerpunkten im Bildungsbereich sowie zu den «kostspieligen Herausforderungen im Bereich der schulischen Integration». Und schliesst mit dem Hinweis, dass die Gemeinden die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton gar nicht unterzeichnen müssen. Diese habe nur orientierenden Charakter, die Schulträger könnten von sich aus auch andere, wichtigere Schwerpunkte setzen. Welche dies sein könnten, wird im offenen Brief nicht erwähnt.